



Sitzung vom

24. Februar 2026

Mitgeteilt den

25. Februar 2026

Protokoll Nr.

133/2026

Richtplanung Graubünden, Region Surselva

Anpassung regionaler Richtplan Materialabbau und -verwertung sowie Abfallbewirtschaftung / Anpassung kantonaler Richtplan Kap. 7.3 und Kap. 7.4

Beschlussfassung / Genehmigung

1. Ausgangslage

In der Region Surselva wurden die Bereiche Materialabbau und -verwertung sowie Abfallbewirtschaftung letztmalig vor über zehn Jahren im Rahmen der Gesamtaktualisierung 2014 gesamthaft überarbeitet und aktualisiert. Dieser regionale Richtplan wurde von der Regierung mit Beschluss vom 14. April 2015 (Protokoll Nr. 295/2015) genehmigt. Gleichzeitig sind die Objekte von kantonaler Bedeutung stufengerecht im kantonalen Richtplan übernommen worden. In der Zwischenzeit sind in der Region Surselva diverse Ergänzungen und Anpassungen dieser Richtplanung erfolgt, letztmalig eine Anpassung des Richtplans Materialabbau und -verwertung im Raum Ilanz (Beschluss der Regierung vom 11. Dezember 2018 [Protokoll Nr. 987/2018], Genehmigung durch den Bund am 3. April 2020).

Gemäss dem Bundesgesetz über die Raumplanung (RPG; SR 700) sind Richtpläne in der Regel alle zehn Jahre gesamthaft zu überprüfen und nötigenfalls zu überarbeiten. Zudem haben sich teilweise auch die rechtlichen Rahmenbedingungen verändert. Aus diesen Gründen hat die Region entschieden, die beiden Kapitel gesamthaft zu überarbeiten.

2. Inhalt der Richtplan-Anpassung

Mit der vorliegenden Gesamtüberarbeitung der beiden Kapitel Materialabbau und -verwertung sowie Abfallbewirtschaftung wird den aktuellen Rahmenbedingungen und Bedürfnissen in der Region Rechnung getragen. Das bisherige Richtplankonzept

wird weiterentwickelt und optimiert. Aus konzeptioneller Sicht ist namentlich auch zu begrüßen, dass damit eine Zusammenführung und Ablösung der bisherigen Einzeldokumente in diesem Bereich erfolgt und somit wieder eine aktualisierte regionale Gesamtsicht gewährleistet wird.

Die Präsidentenkonferenz der Region Surselva hat an der Sitzung vom 15. April 2025 die Anpassung des regionalen Richtplans beschlossen und der Regierung zur Genehmigung eingereicht.

Die Vorlage ist Bestandteil der Regionalplanung Region Surselva beziehungsweise des regionalen Richtplans im Sinne von Art. 17 und 18 des Raumplanungsgesetzes für den Kanton Graubünden (KRG; BR 801.100) und Art. 11 der kantonalen Raumplanungsverordnung (KRVO; BR 801.110). Die entsprechenden Kapitel des bisherigen regionalen Richtplans werden ersetzt.

Die Richtplanung Graubünden ist eine Verbundaufgabe zwischen Kanton und Region. Der kantonale Richtplan legt die generellen Zielsetzungen fest und definiert die Verantwortungsbereiche. Die vorliegende Anpassung des regionalen Richtplans stützt sich auf die Leitüberlegungen und Inhalte des kantonalen Richtplans (vgl. insbesondere Kap. 7.3 und 7.4). Parallel zur Festlegung im regionalen Richtplan erfolgt eine Anpassung der Objekte im kantonalen Richtplan für das Gebiet der Region Surselva. Im erläuternden Bericht, welcher den Richtplandokumenten beiliegt, sind die Richtplananpassungen, die sowohl Inhalt des kantonalen wie auch des regionalen Richtplans sind, stufengerecht aufgezeigt und begründet.

3. Dokumente

Die Genehmigungsdokumente des regionalen Richtplans Surselva, beschlossen durch die Präsidentenkonferenz der Region am 15. April 2025, umfassen:

- Regionaler Richtplan Surselva, Materialabbau und -verwertung, Richtplantext
- Regionaler Richtplan Surselva, Abfallbewirtschaftung, Richtplantext
- Regionaler Richtplan Surselva, Materialabbau und -verwertung, Abfallbewirtschaftung, Richtplankarte 1:40 000

Die Beschlussvorlage zur Anpassung des kantonalen Richtplans (dat. April 2025) für das Gebiet der Region Surselva beinhaltet:

- Objektliste Kapitel 7.3 und 7.4, Auszug Region Surselva
- Kantonale Richtplankarte, Auszüge zu den Richtplanobjekten

Der Bericht «Erläuterungen zur Anpassung der Richtplanung in den Bereichen Materialabbau und -verwertung sowie Abfallbewirtschaftung in der Region Surselva» (Stand Beschlussfassung 15. April 2025) ist gemeinsamer Bestandteil des regionalen und des kantonalen Richtplans. Er beinhaltet die Erläuterungen im Sinne der Bestimmungen von Art. 7 der eidgenössischen Raumplanungsverordnung (RPV; SR 700.1).

Dem Richtplandossier liegen zudem folgende orientierende Bestandteile bei:

- Fotodokumentation
- Auswertung kantonale Vorprüfung, Juni 2024
- Auswertung Vorprüfung Bund und kantonsinterne Vernehmlassung
- Situation Abbau und Materialablagerung im Raum Ilanz, Cavigelli Ingenieure AG
- Evaluation von dezentralen Deponiestandorten des Typs A gemäss Abfallverordnung (VVEA), Erläuterungsbericht, Cavigelli Ingenieure AG
- Potenzielle Kiesabbaugebiete Obere Surselva, Standorte und Vergleich, Sieber Cassina + Handke AG
- Kiesgrube Bergli Valendas, Nachweis der Standortgebundenheit, Sieber Cassina + Handke AG

4. Verfahren

Im Kanton Graubünden ist die Richtplanung als Verbundaufgabe zwischen dem Kanton und den Regionen organisiert.

Das Verfahren zur regionalen Richtplanung richtet sich nach dem KRG und der KRVO sowie nach den Bestimmungen der Region. Der regionale Richtplan wird von der Präsidentenkonferenz der Region beschlossen und wird mit der Genehmigung durch die Regierung für die Behörden des Kantons, der Region und der beteiligten Gemeinden verbindlich.

Die Präsidentenkonferenz der Region Surselva hat den vorliegenden regionalen Richtplan an der Sitzung vom 15. April 2025 beschlossen und die bereinigten Richtplandokumente zur Genehmigung eingereicht.

Die darauf abgestimmte Anpassung des kantonalen Richtplans liegt für die Beschlussfassung vor. Das Verfahren für die Anpassung des kantonalen Richtplans richtet sich nach Art. 10 RPV. Die behördenverbindlichen Anpassungen des kantonalen Richtplans sind dem Bund zur Genehmigung zu unterbreiten. Die Genehmigung des kantonalen Richtplans erfolgt gestützt auf Art. 11 RPV durch den Bundesrat oder das eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK).

5. Formelles

Die vorliegende Erarbeitung des regionalen Richtplans und die Anpassung des kantonalen Richtplans ist im Sinne der Verbundaufgabe Richtplanung Graubünden verfahrensmässig und inhaltlich abgestimmt. Sie erfolgte verfahrensmässig nach den gültigen Bestimmungen der Region sowie den übergeordneten Bestimmungen der kantonalen Raumplanungsgesetzgebung (KRG und KRVO). Der Planungsablauf ist in den Richtplandokumenten nachvollziehbar dokumentiert.

Die Region Surselva hat den Entwurf des regionalen Richtplans am 25. Juli 2023 dem Amt für Raumentwicklung Graubünden (ARE-GR) zur kantonalen Vorprüfung eingereicht. Parallel dazu lag auch der Entwurf zur entsprechenden Anpassung des kantonalen Richtplans vor. Die kantonale Vorprüfung an die Region erfolgte am 21. März 2024 und wurde bilateral mit der Region besprochen.

Die koordinierte öffentliche Mitwirkungsaufgabe zur Anpassung der kantonalen und regionalen Richtplanung erfolgte vom 6. September 2024 bis 7. Oktober 2024; parallel dazu die Vernehmlassung bei den kantonalen Stellen zuhanden der Beschlussfassung.

Mit Schreiben vom 9. September 2024 wurde die Anpassung des kantonalen Richtplans dem Bundesamt für Raumentwicklung (ARE-CH) zur Vorprüfung unterbreitet. Am 11. November 2024 ging der Prüfbericht des Bundes ein.

Die Behandlung der Stellungnahmen und Anträge aus der Mitwirkungsaufgabe, der verwaltungsinternen Vernehmlassung und der Vorprüfung durch den Bund sind im Mitwirkungsbericht (dat. April 2025) dokumentiert. Mit der Beschlussfassung durch die Regierung wird dieser Mitwirkungsbericht als Bestandteil der Richtplandokumente öffentlich einsehbar gemacht. Die entsprechenden Anforderungen von Art. 4 RPG sind erfüllt.

In formeller Hinsicht sind die Voraussetzungen für die Genehmigung des regionalen Richtplans und für den Beschluss zur Anpassung des kantonalen Richtplans gegeben.

6. Materielles

Die vorliegende Aktualisierung und Anpassung des kantonalen und des regionalen Richtplans stützt sich auf die Leitüberlegungen des kantonalen Richtplans (Kap. 7.3 und 7.4). Gemäss den Leitüberlegungen des kantonalen Richtplans umfassen die regionalen Konzepte für Materialabbau und -verwertung sowie für Inertstoffe und unverwertbares sauberes Aushubmaterial eine Bedarfsanalyse und ein Standortkonzept. Nutzungskonflikte werden aufgezeigt und die grobe Machbarkeit geprüft. Alle Standorte mit erheblichen räumlichen Auswirkungen werden im Richtplan erfasst. Die Anpassung der Objekte im kantonalen Richtplan erfolgt im Sinne der Verbundaufgabe Richtplanung Graubünden verfahrensmässig und inhaltlich abgestimmt mit der Festlegung im regionalen Richtplan.

Es kann festgehalten werden, dass sowohl die Bemerkungen und Anträge aus der kantonalen Vorprüfung wie auch aus der öffentlichen Mitwirkung und der Vorprüfung durch den Bund, detailliert geprüft und – soweit stufengerecht erforderlich – weitestgehend in der Bereinigung der Richtplandokumente berücksichtigt sind (siehe hierzu die Auswertung kantonale Vorprüfung und den Mitwirkungsbericht zur öffentlichen Auflage und Auswertung Vorprüfung Bund und kantonsinterne Vernehmlassung).

Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens erfolgte nochmals eine abschliessende Vernehmlassung bei den kantonalen Stellen. Die Auswertung liegt dem Genehmigungsbeschluss bei. Sie zeigt, dass aufgrund der eingegangenen Stellungnahmen der Genehmigung materiell grundsätzlich nichts entgegensteht.

Die Mehrzahl der in den Stellungnahmen der kantonalen Fachstellen im Genehmigungsverfahren thematisierten Punkte betreffen die Umsetzung in den nachgelagerten Verfahren. Sie sind aus der Auswertung der während des Genehmigungsverfahrens eingegangenen Stellungnahmen objektweise ersichtlich und dementsprechend bei der Umsetzung in den Folgeverfahren stufengerecht zu berücksichtigen. Es ist generell darauf hinzuweisen, dass – trotz einer Genehmigung einer Festsetzung durch die Regierung auf Richtplanebene – die Umsetzung auf Ebene Nutzungsplanung jeweils entsprechende Abklärungen voraussetzt. Hierbei sind selbstverständlich die einschlägigen Vorgaben der Raumplanungs-, Umwelt-, Gewässerschutz-, Natur- und Heimatschutzgesetzgebung oder der Naturgefahren zu erfüllen.

6.1 Materialabbau und -verwertung

Das strategische Hauptziel des Richtplans ist es, die Versorgung mit Kies- und Sandprodukten in der Region Surselva für einen Planungshorizont von ca. 20 bis 30 Jahren weiterhin abzudecken. Inhalt des vorliegenden Richtplans ist zudem auch der spezielle Abbau von Steinen im Raum Vals (Valser Quarzit), welcher in erster Linie dem Export dient und für die Region von grosser wirtschaftlicher Bedeutung ist. Im Sinne einer vorausschauenden Sicherung von geeigneten Materialressourcen ist der Richtplan in diesem Bereich auf einen längeren Zeitraum ausgerichtet. Diese Zielsetzungen im regionalen Richtplan entsprechen den Leitüberlegungen im kantonalen Richtplan (Kap.7.3).

Aufgrund des grossen und weitläufigen Regionsgebiets der Surselva und der räumlich-funktionalen Einzugsgebiete der Kies- und Betonwerke ist im regionalen Richtplan vorgesehen, dass sich die Abbauplanung innerhalb der Region weiterhin an den insgesamt vier subregionalen Versorgungsgebieten orientieren wird. Im Grundsatz ist dieses Konzept planerisch nachvollziehbar, soweit in diesen Subregionen geeignete Ressourcen vorhanden sind. Wie in den Erläuterungen richtig beschrieben ist, überlagern sich diese Versorgungsgebiete jedoch in der Praxis. Bereits in Bezug auf die regionale Selbstversorgung ist dementsprechend auch schon im kantonalen Richtplan präzisiert, dass jeweils auch eine Zusammenarbeit über die Regionsgrenzen erforderlich sein kann. Dies gilt umso mehr auch innerhalb der Region/Subregionen. Bei der Festlegung der Standorte sind zudem jeweils auch die Abbau- und Verwertungskonzepte materiell miteinander zu verknüpfen. Insgesamt ergibt sich daraus,

dass eine subregionale Betrachtung innerhalb der Region Surselva zweckmässig ist, daraus aber keine absoluten Ansprüche für rein subregionale Lösungen abgeleitet werden können.

Wie in den Erläuterungen zur Richtplananpassung (Ziffer 3) dargelegt ist, hängt die Nachfrage nach Kies- und Sandprodukten von verschiedenen Faktoren ab (insbesondere die Entwicklung der Konjunkturlage, Investitionen im Hoch- und Tiefbau und Realisierung von baulichen Grossprojekten etc.). Es geht bei der Bedarfsabschätzung im Richtplan daher um die Ermittlung einer plausiblen Grössenordnung.

Gemäss den Richtplanerläuterungen ergibt sich in der Region Surselva für die nächsten 25 Jahre ein geschätzter Bedarf für den Abbau von Kies und Sand von rund 3 Millionen m³. Zur Deckung dieses Bedarfs wird es in Zukunft von zunehmender Bedeutung sein, nebst den eigentlichen Abbaugebieten auch die anfallenden Materialmengen aus der Förderung der Kreislaufwirtschaft sowie die Nutzung von anfallendem Material aus Geschiebefängen zur Schonung der Ressourcen mit zu berücksichtigen.

Zu den im vorliegenden Richtplan enthaltenen einzelnen Standorten/Objekten im Bereich Materialabbau und -verwertung ist die Bereinigung der Richtplanvorlage stufengerecht erfolgt. Es bestehen in materieller Hinsicht keine Einwendungen, Anliegen und Erkenntnisse, welche einer Genehmigung dieser Anpassungen des regionalen und kantonalen Richtplans in der Region Surselva entgegenstehen.

6.2 Abfallbewirtschaftung

Der regionale Richtplan Abfallbewirtschaftung bezeichnet, gestützt auf die Leitüberlegungen im kantonalen Richtplan (Kap. 7.4) und die kantonale Abfallplanung sowie ausgehend vom zu erwartenden Bedarf an Deponievolumen geeignete Deponiestandorte. Im regionalen Richtplan werden alle Deponien sowie der Sammel- und Sortierplätze für Bauabfälle koordiniert und festgelegt. Wichtige Abfallanlagen gemäss der Verordnung über die Vermeidung und die Entsorgung von Abfällen (Abfallverordnung, VVEA, SR 814.600) erfordern auch eine Festlegung im kantonalen Richtplan.

Da unverschmutztes Aushub- und Ausbruchmaterial in der Surselva hauptsächlich für die Wiederauffüllung der grossen Kiesgruben verwendet wird (sogenannte Materialverwertung) ist das vorliegende Richtplankapitel inhaltlich eng mit dem Kapitel Materialabbau und -verwertung verbunden.

Für die Deponie von Abfall Typ B (sogenannte Inertstoffe) ist in der Region Surselva mit dem Standort Ilanz «Tschentaneras» bislang nur eine einzige Deponie dieses Typs in Betrieb. Für die Standorte Tujetsch «Val da Claus» und Sumvitg «Marias» waren im Richtplan zwar Kompartimente des Typs B vorgesehen, diese sind jedoch noch nicht umgesetzt. Mit der vorliegenden Aktualisierung des Richtplans ist vorgesehen, diese im regionalen und kantonalen Richtplan zu belassen und zeitgerecht umzusetzen. Zusätzlich ist eine Erweiterung des Kompartiments Deponie Typ B in «Tschentaneras» vorgesehen. Dieses Standortkonzept wird aus kantonomer Sicht als zweckmässig erachtet und unterstützt.

Auch im Kapitel Abfallbewirtschaftung ist die Bereinigung der Richtplanvorlage zu den einzelnen Standorten / Objekten erfolgt. Im Einzelnen drängen sich zur Erweiterung der Deponie Typ A in Lumnezia «Porclas» folgende Erwägungen auf:

02.VD.06.2 Lumnezia «Porclas»

Die Region hat die Erweiterung der bestehenden Deponie Typ A Lumnezia «Porclas» aufgrund eines Antrags der Gemeinde Lumnezia im Rahmen der Mitwirkung in den regionalen Richtplan aufgenommen, um damit die richtplanerischen Voraussetzungen für eine nochmalige Erweiterung der Deponie Typ A um rund 50 000 m³ zu schaffen.

In den Erläuterungen wird substantiiert dargelegt, dass im Raum untere Surselva in den nächsten fünf bis zehn Jahren eine Ablagerung von unverschmutztem Material nur am Standort «Tschentaneras» in Ilanz möglich sein wird. An den übrigen Deponiestandorten sind zwar weitere bewilligte bzw. festgelegte Ablagerungsreserven vorhanden, diese sind aber teilweise erst längerfristig verfügbar. Dadurch besteht die Gefahr, dass es in den nächsten Jahren zu Engpässen kommen könnte. Demzufolge ergibt sich ein ausgewiesener Bedarf an zusätzlichem, kurz- und mittelfristig verfü-

barem Deponievolumen. Diesem Umstand kann dadurch Rechnung getragen werden, dass im Raum untere Surselva ein Ersatz der Deponie Typ A in Obersaxen Mundaun (Standort neu in «Armsch» mit einem Volumen von 80 000 m³) sowie eine Erweiterung der Deponie Typ A Porclas, Lumnezia (50 000 m³) in den Richtplan aufgenommen werden. Die Deponien sind so ausgelegt, dass sie aufgrund des Bedarfs innert acht bis zwölf Jahren abgeschlossen werden können. Durch diese Übergangslösungen ergeben sich keine massgeblichen Nutzungskonflikte. Zudem können dadurch die Transportdistanzen und damit verbundene Immissionen reduziert werden.

Zum Standort «Porclas» ist weiter festzustellen, dass sich der gesamte Hang unterhalb der Lugnezerstrasse aufgrund von Rutschungen in der Gefahrenzone mit hoher Gefahr für den Prozess Rutschung und in der Zone für mittlere Gefährdung für den Prozess Sturz befindet. Vor diesem Hintergrund wurde die Deponieerweiterung im Rahmen der Vorprüfung kritisch beurteilt. Wie die Gemeinde Lumnezia jedoch anhand eines Fachgutachtens belegen konnte, ist die Gesamtstabilität der Deponie nicht gefährdet (vgl. Sieber Cassina + Handke AG, Inertstoffdeponie Porclas Lumbrein, Deponieerweiterung 2019, Bericht GR963A-1 vom 31. Juli 2019). Weiter wurde eine sich im Herbst 2019 ereignete Geländerrutschung unterhalb des bestehenden Deponieperimeters nachträglich untersucht und in Ergänzung zum genannten Bericht beurteilt (vgl. Sieber Cassina + Handke AG, Ergänzung zum Bericht GR963A-1 vom 31. Juli 2019, 22. Juni 2020). Auch dieses Gutachten kommt zum Schluss, dass sowohl für die bestehende Deponie wie auch für die erweiterte Deponie die geotechnischen Nachweise geführt werden können. Diese zeigen, dass die Stabilität für beide Deponiebereiche gewährleistet ist. Damit liegen sowohl eine positive geologisch-geotechnische Beurteilung als auch eine positive Beurteilung gemäss den Vorgaben der Verordnung über die Vermeidung und die Entsorgung von Abfällen (VVEA; SR 814.600) vor.

Im Ergebnis erweist sich die nochmalige Erweiterung der Deponie «Porclas» somit als genehmigungsfähig, womit auch die Voraussetzungen für eine damit verbundene Aufnahme als Objekt in den kantonalen Richtplan gegeben sind.

Gestützt auf Art. 14 Abs. 2 und Art. 18 Abs. 3 KRG

beschliesst die Regierung:

1. Die **Anpassung des kantonalen Richtplans in den Bereichen Materialabbau und -verwertung (Kap. 7.3) sowie Abfallbewirtschaftung (Kap. 7.4) Region Surselva**, mit dem Auszug aus der Objektliste und dem Ausschnitt der kantonalen Richtplankarte, wird gestützt auf die Erwägungen beschlossen und für die kantonalen Behörden als verbindlich erklärt.
2. Der von der **Region Surselva** am 15. April 2025 beschlossene **regionale Richtplan Materialabbau und -verwertung sowie Abfallbewirtschaftung** wird gestützt auf die Erwägungen genehmigt und für die Behörden des Kantons Graubünden als verbindlich erklärt.
3. Der Erläuternde Bericht zur Richtplananpassung (Stand 15. April 2025), mit dem Mitwirkungsbericht zur öffentlichen Auflage, der Auswertung Bund und kantonsinterne Vernehmlassung im Anhang, wird zur Kenntnis genommen. Die daraus resultierenden Folgerungen und Hinweise sind, soweit dies nicht bereits erfolgt ist, bei der Umsetzung in den Folgeverfahren stufengerecht zu berücksichtigen.
4. Der Auswertungsbericht zu den im Rahmen des Genehmigungsverfahrens eingegangenen Stellungnahmen der kantonalen Fachstellen liegt dem Regierungsbeschluss bei und wird zur Kenntnis genommen. Die daraus resultierenden Hinweise sind ebenfalls bei der Umsetzung stufengerecht zu berücksichtigen.
5. Das Departement für Volkswirtschaft und Soziales wird beauftragt, die vorliegende Anpassung des kantonalen Richtplans dem Bund zur Genehmigung zu unterbreiten.
6. Das Amt für Raumentwicklung wird beauftragt:
 - Die Einsehbarkeit des kantonalen Richtplans sicherzustellen und diesen im Internet entsprechend dem vorliegenden Beschluss nachzuführen.

- Die im Anhang aufgeführten Adressaten mit dem vorliegenden Regierungsbeschluss sowie der Anpassung des kantonalen und regionalen Richtplans zu dokumentieren.
7. Die Region Surselva wird beauftragt, die betroffenen Regionsgemeinden mit dem vorliegenden Beschluss sowie mit den Unterlagen des Richtplans zu dokumentieren sowie sicherzustellen, dass die Unterlagen des genehmigten regionalen Richtplans bei der Region eingesehen werden können.
8. Mitteilung an:
- Amt für Raumentwicklung
 - Standeskanzlei
 - Departement für Volkswirtschaft und Soziales (samt Unterlagen)



Namens der Regierung

Der Präsident:

Martin Bühler

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

Mitteilung und Dokumentation durch das ARE-GR

	Regierungs- beschluss	Richtplan- dokumente
Region Surselva	1	1 Original
Departement für Infrastruktur, Energie und Mobilität	1	
Amt für Energie und Verkehr	1	
Amt für Jagd und Fischerei	1	
Amt für Landwirtschaft und Geoinformation	1	
Amt für Natur und Umwelt	1	
Amt für Wald und Naturgefahren	1	
Amt für Wirtschaft und Tourismus	1	
Archäologischer Dienst	1	
Denkmalpflege	1	
Tiefbauamt	1	
Stauffer & Studach AG, 7000 Chur	1	
Cavigelli Ingenieure AG, 7130 Ilanz	1	
Standeskanzlei	1	1 Original
Amt für Raumentwicklung GR	1	1 Original

ARE-GR Pf 15.08.2025